

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr  
Klimaschutz und Umwelt  
- Z F -

Berlin, den 08. Juli 2024

Telefon 9(0) 25 - 1910  
stefan.reepschlaeger@SenMVKU.berlin.de

An den

Vorsitzenden des Hauptausschusses

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über

Senatskanzlei - G Sen -

## **PMA 2024: Beantwortung von Fragen der Fraktion Die Linke**

63. Sitzung des Hauptausschusses am 12. Juni 2024

64. Sitzung des Hauptausschusses am 26. Juni 2024

Schreiben der SenMVKU - Z F - vom 19.06.2024, rote Nr. 1806

Der Hauptausschuss hat in seiner oben bezeichneten 63. Sitzung Folgendes beschlossen:

„Die Fraktion Die Linke hat folgende Fragen eingereicht:

1. Wie viele Stellen sind im Zuge der vorgelegten Liste zu Streichung vorgesehen und welche Stellen genau sind von der Streichung betroffen?
2. Sieht der Senat vor dem Hintergrund der Einsparungen Anpassungsbedarfe in Bezug auf bestehende Verträge (z.B. Bäderverträge oder Hochschulverträge) und wenn nein, warum nicht?
3. Erbeten wird eine tabellarische Übersicht zur genauen Auflösung der Pauschalen Minderausgaben i.H.v. 1,185 Mrd. € (über die 2%-Liste hinaus). Dabei ist titelscharf anzugeben, welcher Teil der PMA über den Nachtrag erbracht wurde, über einen folgenden Nachtrag erbracht wird oder ob die Auflösung über die Haushaltswirtschaft erfolgt und wenn ja, wo.
4. Erbeten wird eine titelscharfe Übersicht über alle aktuellen Verfügungsbeschränkungen, die zur Sicherung der PMA angebracht wurden. Zu den Verfügungsbeschränkungen, die nach Auflösung der PMA weiterhin bestehen bleiben, wird zudem um eine titelscharfe Angabe gebeten, um welche Art der Verfügungsbeschränkung es sich handelt und warum diese bestehen bleiben.

Die Fraktion Die Linke erbittet den Bericht möglichst zur Sitzung am 26. Juni 2024.“

Die Fragen 1 und 3 der Fraktion Die Linke wurden mit der roten Nr. 1806 beantwortet, für die Beantwortung der Fragen 2 und 4 wurde um Fristverlängerung bis zum 31.07.2024 gebeten. Der Hauptausschuss hat dem in seiner 64. Sitzung zugestimmt.

## Beschlussempfehlung

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Hierzu wird berichtet:

2. „Sieht der Senat vor dem Hintergrund der Einsparungen Anpassungsbedarfe in Bezug auf bestehende Verträge (z.B. Bäderverträge oder Hochschulverträge) und wenn nein, warum nicht?“

Die Abfrage der Abteilungen und nachgeordneten Einrichtungen der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt hat ergeben, dass die Einsparleistung zur anteiligen Auflösung der zentralen Pauschalen Minderausgabe 2024 möglich ist, ohne dass bestehende Verträge zu ändern gewesen wären.

4. „Erbeten wird eine titelscharfe Übersicht über alle aktuellen Verfügungsbeschränkungen, die zur Sicherung der PMA angebracht wurden. Zu den Verfügungsbeschränkungen, die nach Auflösung der PMA weiter bestehen bleiben, wird zudem um eine titelscharfe Angabe gebeten, um welche Art der Verfügungsbeschränkung es sich handelt und warum diese bestehen bleiben.“

Es wurden „technische Sperren“ bei den folgenden, insgesamt sieben Titeln gebucht, um die geforderte Gesamteinsparsumme abzubilden, ohne dass hierdurch Vorfestlegungen für eine spätere Heranziehung zur tatsächlichen Auflösung der PMA getroffen wurden. Neben Titeln, die gemäß Nr. 5 i.V.m. Anlage 1 HWR 2024 ohnehin zu sperren waren (*kursiv*), wurden Titel ausgewählt, die aufgrund ihrer Ansatzhöhe die Gewähr boten, dass die gebuchte Verfügungsbeschränkung während der Abstimmungen über die Auflösung der PMA dort verbleiben konnte (Beträge in Euro).

Kapitel	Titel	Ansatz	Betrag
<i>0700</i>	<i>88401</i>	<i>25.001.000</i>	<i>25.001.000</i>
<i>0700</i>	<i>97110</i>	<i>8.661.000</i>	<i>4.978.880</i>
<i>0700</i>	<i>97114</i>	<i>1.200.000</i>	<i>1.200.000</i>
0730	54045	796.192.000	18.000.000
0730	54081	613.988.000	50.000.000
0730	89102	227.250.000	86.820.762
<i>2707</i>	<i>97110</i>	<i>6.350.000</i>	<i>3.820.625</i>
Summe			189.821.267

Beim Titel 97110 in den Kapiteln 0700 und 2707 wurden die ursprünglich in Höhe des Ansatzes gebuchten Verfügungsbeschränkungen im weiteren Verlauf reduziert bzw. verlagert, soweit Mittel für Maßnahmen des Sicherheitsgipfels freigegeben und in Anspruch genommen wurden.

Mit dem buchungsmäßigen Nachweis der zur Erbringung der Einsparungen zur Auflösung der PMA durch die von der SenFin vorgegebene Buchung mit dem Schlüssel „M50“ wurden die Verfügungsbeschränkungen bei den Titeln 54045, 54081 und 89102 aufgehoben. Bei den Titeln 88401 und 97110 sind weiterhin Verfügungsbeschränkungen vorhanden, die sich aus Nr. 5 i.V.m. Anlage 1 HWR 2024 ergeben. Die hier angegebenen Beträge entsprechen dem heutigen Stand (03.07.2024)

Kapitel	Titel	Ansatz	Betrag
<i>0700</i>	<i>88401</i>	<i>25.001.000</i>	<i>25.001.000</i>
<i>0700</i>	<i>97110</i>	<i>8.661.000</i>	<i>3.022.212</i>
<i>2707</i>	<i>97110</i>	<i>6.350.000</i>	<i>6.350.000</i>

Die aktuell bestehende Verfügungsbeschränkung beim Titel 2707/97110 in Höhe des Ansatzes ergibt sich daraus, dass die freigegebenen Mittel (s.o.) den Bezirken im Wege der Basiskorrektur zur Verfügung gestellt werden, die im Kapitel 2707 durch eine Verfügungsbeschränkung auszugleichen ist. Die Verfügungsbeschränkung zerfällt also in einen Anteil nach Nr. 5 i.V.m. Anlage 1 HWR 2024 und einen Anteil zum Ausgleich der Basiskorrektur.

In Vertretung

Britta Behrendt

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt